Hannover zukünftig geschlechtslos

Niedersachsens Landeshauptstadt Hannover marschiert an der Spitze des Fortschritts: Unter der Überschrift „Empfehlung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ sollen zukünftig weder männliche noch weibliche Geschlechterbezeichnungen in e-mails, Briefen oder Formularen verwendet werden. Und – besonders wichtig:
Auch das von unserer famosen Bundesregierung eingeführte „dritte Geschlecht“ soll zu seinem Recht kommen.

Man könnte das lächelnd abtun und sich selbst damit beruhigen, dass wir eben in einem bunten und vielfältigen Land leben, das sonst keine größeren Probleme hat, wenn…ja, wenn es tatsächlich keine größeren Probleme gäbe.

Was da eine niedersächsische Metropole – Hannover – gerade treibt, wird den Lauf der Weltgeschichte in etwa so gravierend verändern, wie ein 800 Meter Strecke langes Dieselfahrverbot in Hamburg. Aber es ist manchmal kaum noch zu fassen, wie eine Handvoll durch und durch ideologisierter Gender-Aktivisten politisch ihre Agenda durchdrücken und Stück für Stück an Boden gewinnen mit diesem Schwachsinn. Und wie die politisch Verantwortlichen in den Mehrheitsparteien jeden noch so abstrusen Unfug nicht nur durchwinken, sondern sogar aktiv mitmachen.

Markus Söder ist kein Grüner

„Es ist nicht die Frage ob der Klimawandel kommt, sondern ob wir bereit sind, uns zu verändern, um ihn zumindest zu verlangsamen.“

Jetzt ist es passiert – CSU-Chef Markus Söder ist ein Grüner! Typisch CSU, hatten wir ja immer gewusst…

Leute, jetzt mal ganz ruhig! Söder hat als seine politischen Schwerpunkte genannt: „gesunde Luft“, „sauberes Wasser“ und „Lebensraum für Tiere und Pflanzen“ als Erbe, das „unsere Generation“ bewahren und weitergeben müsse.

Und? Die Bewahrung der Schöpfung ist ein durch und durch konservatives Anliegen. Und dass die Klimaerwärmung stattfindet, das ist Fakt. Strittig ist, ob der Klimawandel Mensch gemacht und durch Schwachsinn wie Diesel-Fahrverbote in deutschen Städten aufzuhalten ist.

Natürlich muss sich auch ein konservativer Politiker damit beschäftigen. Deshalb ist er noch lange kein Grüner.

AfD-Gutachten: Verfassungsschutz bezieht sich auf antifa-Webseiten

Mit einem Gutachten begründet das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) den „Prüffall AfD“. Es hätten sich Anlässe ergeben, einen genaueren Blick auf die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag zu werfen, sagt man. Immer wieder hatte es in den vergangenen Monaten …nennen wir es…Vorfälle gegeben, die nahelegen, dass es in Teilen der Partei rechtsextreme Bestrebungen gebe, die gegen unsere Verfassungs gerichtet sein könnten. Ich habe mehrfach über solche Dinge hier und anderswo geschrieben.

Die Ansatzpunkte sind leider real, und – das muss man auch klar sagen – nicht von dunklen Mächten und Einflussagenten initiiert worden, sondern von politischen Schwachmaten, die den Holocaust leugnen, rassistische Sprüche bei Saufgelagen zum Schlechtesten geben oder für Selfies vor Hakenkreuzfahnen und Hitlerbildern posieren. So weit, so dämlich.

Heute berichtet die *Süddeutsche Zeitung* allerdings darüber, dass für das Gutachten über die AfD auch sechs Mal Internetseiten der linksradikalen „antifa“ hinzugezogen wurden. Das ist der Oberbegriff für eine Vielzahl extremistischer Initiativen, die nicht nur offen zur Gewalt gegen „Rechte“ aufrufen, sondern diese auch ausüben. „antifa“ ist der „Revolutionäre 1. Mai“, sind Farbbeutel gegen Hauswände, eingeschlagene Fensterscheiben, abgefackelte Autos, gelockerte Radmutern an Autos von AfD-Politikern, Steinwürfe und körperliche Angriffe gegen Polizeibeamte, brennende Barrikaden auf Straßen. All das ist „antifa“, und nicht wenige sehen in dem linken Mob so etwas wie die legitime Nachfolge der SA-Schlägertrupps in der Weimarer Republik.

Natürlich muss es deshalb nicht alles falsch sein, was die Verfassungsschützer von diesen Seiten gezogen haben. Aber ein G’schmäckle hat das ganze schon, wenn man vermeintliche Verfassungsfeinde damit aufdecken will, dass man bei anderen Verfassungsfeinden abschreibt.

„Echt auf die Eier“

Gestern Abend war ich mit unserer jüngsten Tochter im Konzert einer im Rheinland beliebten a-capella-Formation. Die Schule, wo unsere Kleene im Chor singen darf, hatte empfohlen, Karten für 37,50 Euro zu kaufen, und das taten wir natürlich. So saßen wir inmitten von 800 weiteren Müttern und Väter mit Kindern in der Stadthalle Neuss und freuten uns auf einen beschwingten und kindgerechten Abend.

Schon im ersten Lied sangen die fünf Barden eine extra getextete neue Strophe, die sie einfügten. Es ging darin um die furchtbaren Menschen, die AfD wählen und zu Pegida-Demos gehen. Im weiteren Verlauf des Konzertes kam die AfD, „diese furchtbare Partei, die leider immer noch existiert“, noch mehrfach vor. Zum Schluss noch die Empfehlung der rheinischen Frohnaturen auf der Bühne, draußen im Vorraum am Stand für das Hilfswerk Miserior zu spenden. Die Empfehlung richte sich besonders an die „paar AfDler, die sich in unsere Konzerte verirrt“ hätten. Da könnten Sie ordentlich spenden, und etwas zu tun, dass nicht so viele arme Menschen aus ihren Heimatländern flüchten müssten…

Köstlich, diese Rheinländer! Das Konzert war dann Gott sei Dank endlich vorbei, Applaus, Licht an, raus. Neben mir ein anderer genervter Vater, auch mit seiner Tochter – bei solchen Gelegenheiten treffen sich Väter mit ihren Kindern immer gern. Er sagte: „Weißt Du, ich wähle die AfD nicht, aber das hier geht mir echt auf die Eier…“

Bei Donald ist immer was los

Man kann wirklich nicht sagen, dass es bei US-Präsident Donald Trump jemals langweilig wird. Kaum ein Tag, an dem er nicht weltweit die Schlagzeilen der wichtigsten Medien dominiert mit überraschenden Entscheidungen, verbalen Ausfällen, Twitter-Botschaften und erfreulichen Wendungen in der amerikanischen Politik.

Nun hat er entschieden, dass es in diesem Jahr keine US-Delegation beim Weltwirtschaftsforum in Davos geben wird. In Washington tobt ein erbitterter Haushaltsstreit, und 800.000 Mitarbeiter der Bundesverwaltung bekommen wegen des „Shutdowns“ derzeit keine Gehälter. Trump ist der Meinung, das denen eine solche Reise der politischen Elite nicht zuzumuten wäre, die um ihr Einkommen bangen. Rechtspopulismus? Natürlich, aber eine gute Entscheidung.

Nicht so gut: Das US-Nachrichtenportal „Buzzfeed“ berichtet heute, der Präsident haben seinen früheren Anwalt Michael Cohen angewiesen, in der Russlandaffäre den Kongress anzulügen. Cohen war einst Vizepräsident von Trumps Immobilienkonzern und habe während 2016 der Präsidentschaftswahlkampf schon tobte, engen Kontakt zu Mitarbeitern des russischen Präsidenten Wladimir Putin unterhalten, um den Bau eines Trump-Apartmenthauses in Moskau durchzusetzen. Trump erklärte, Cohen sei halt ein „notorischer Lügner“. Und die Demokraten fordern den Rückstritt des Präsidenten. Ein ganz normaler Tag in D.C.…

Staatskohle für den Regenbogen

Heute Morgen erhielt ich eine Rundmail der „Initiative Familien-Schutz“, die darauf hinweist, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) bisher eine halbe Million Euro Steuergelder für Informationsarbeit für den unwissenschaftlichen Gender-Schwachsinn ausgegeben hat. Danach bekomme eine einzige schwul-lesbische organisation 200.000 Euro im Jahr, um – so heißt es in der Mail – „von der Kita bis zum Altenheim alle auf Regenbogen-Linie bringen, die beruflich irgendetwas mit Bildung und Pflege zu tun haben“. Und so etwas passiert nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern überall in Deutschland. Und es sollte auf massiven Protest der Bevölkerung treffen, denn politische Umerziehung ist keine Staatsaufgabe.

Reini, ich habe fertig mit Dir und Deinesgleichen! Endgültig!

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland startet eine Petition für ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen, was Jesus Christus seinerzeit zweifellos ein sehr wichtiges Anliegen gewesen ist. Und Kardinal Reinhard Marx, der Chef des von ihm selbst geleiteten deutschen Abwrackunternehmens namens Katholischer Kirche, nimmt Anstoß am Begriff „christliches Abendland“. Weil das nämlich „ausgrenze“. So wie der Titel Kardinal oder Eminenz alle ausgrenzt, die ihn nicht tragen dürfen. Nennen wir Bürger Marx also zukünftig „Reini“, wenn wir ihn irgendwo treffen!

Man möchte nur noch lachen über dieses Personal an der Spitze der deutschen Christen. Nicht der lediglich eingetragenen und kirchensteuerzahlenden, sondern der glaubenden und bekennenden. Ich leide an diesen Leuten, die unseren Glauben an Gott und den am Kreuz gestorbenen Jesus Christus mit ihren alltäglichen Belanglosigkeiten und ihrem Relativismus in der Schmutz ziehen. Die ihre Kreuze nicht tragen, damit Angehörige anderer Religionen dadurch nicht gestört werden. Ja, ich verachte diese Leute inzwischen wirklich, die sich mit Pomp umgeben, sich wichtig machen, zu jeder politischen Sau, die durchs Dorf getrieben wird, eine Meinung nachplappern müssen. Hirten des Volkes Jesu? Gottesmänner und -frauen? Wie lächerlich kommt ihr mir vor.

Beginnen wir damit, unsere Kirche in Deutschland neu zu denken. In weiten Teilen der Welt lebt die Kirche Jesu und hat regen Zulauf – ohne Kirchensteuer und Dienstwagen. Organisieren wir uns selbst und anders. Mit Priestern und Ordensleuten, die sich für Jesus aufopfern. In Basisgemeinden, in den neuen geistigen Gemeinschaften. Es ist für das Volk Jesu längst noch nicht zu spät. Aber mit diesen

Zeitgeistgestalten, die ich hier jeden Tag im Fernsehen erlebe, habe ich persönlich abgeschlossen.

Diese Beobachtung ist keine Lapalie für die AfD

Nun ist es also amtlich: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD als „Prüffall für eine mögliche Beobachtung“ eingestuft. Dazu gibt es mehrere Aspekte zu betrachten:

1) Die AfD ist größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag, in einer freien und geheimen Wahl von sechs Millionen Bürgern gewählt worden. Wenn der Inlandsgeheimdienst gegen die stärkste Oppositionspartei im Parlament Schritte einleitet, dann ist das rechtlich natürlich legitim, und – wäre die AfD tatsächlich eine rechtsextreme Partei – auch geboten. Aber ist sie das?

2) In Kreisen rechter und linker Extremisten macht man sich gern über den Verfassungsschutz lustig. Zahnloser Tiger, Zeitungsausschnittsbehörde und so weiter. Die können uns mal, heißt es dort – allerdings von denen, die nichts zu verlieren haben. Eine Partei wie die AfD, die den Anspruch hat, bürgerlich-konservativ zu sein, wirbt genau um das konservative Bürgertum. Sie wirbt um Menschen, die – zum Beispiel im Öffentlichen Dienst tätig sind. Da kann die Mitgliedschaft in einer Partei, die vom BfV beobachtet wird, existenzbedrohend werden. Und Leute, die auch in der Privatwirtschaft noch etwas erreichen wollen, werden sich fernhalten von einer Partei, die „vom Staat“ überwacht wird. An diesen problemen sind in den 90er Jahren die Republikaner gescheitert.

3) Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang sagte heute, es gebe „erste tatsächliche Anhaltspunkte“ einer gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichteten Politik in der AfD. Und da braucht man nicht beim Geheimdienst zu sein, um Studienreisen auf den Spuren Adolf Hitlers, „Schuldkult“-Gejohle im Dresdner Bierkeller und widerwärtiges rassistisches Gequatsche bei Saufabenden von Gliederungen der Parteijugend einordnen zu können. Die AfD selbst hat in den vergangenen Monaten einiges unternommen, um den „rechten Narrensaum“ enzudämmen und möglichst loszuwerden, zuletzt das konsequente Vorgehen gegen die schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Doris von Sayn-Wittgenstein, die angeblich gegenüber Mitarbeitern den Holocaust geleugnet haben soll. Vielen in der AfD, die engagierte Mitglieder und Patrioten im besten Sinne des Wortes sind, leiden unter solchen Ausfällen. Und Herr Gedeon ist immer noch Mitglied…

4) Ab wann ist man eigentlich rechtsextrem? Wenn man die Verfassung und die demokratische Ordnung abschaffen will – klar! Wenn man gegen Ausländer und ihre Unterkünfte mit Gewalt vorgeht – natürlich! Wenn man Rassen- und Judenhass verbreitet – auf jeden Fall! Aber macht *die AfD* das wirklich? Ist das die Beschreibung dessen, was diese Partei tut? Ich habe nicht den Eindruck.

Neue Aufgabe für Cemile Giousouf

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Cemile Giousouf (40) ist neue Vizepräsidentin der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Giousouf zog 2013 nach persönlicher Protektion durch den CDU-Landeschef und heutigen Ministerpräsidenten Armin Laschet mit einem für eine Newcomerin erstaunlich guten Listenplatz ins Parlament ein. Zuvor war sie in seinem NRW-Integrationsministerium als Referentin beschäftigt. Die türkischstämmige erste muslimische CDU-Bundestagsabgeordnete wurde medial vom Mainstream gefeiert.

Doch Frau Giousuf hat möglicherweise noch eine andere Seite, wie Parteifreunde mehreren Medien steckten. Angeblich sei die Politikerin eine Sympathisantin der „Grauen Wölfe“ und pflege guten Kontakt zum türkischen Präsidenten Erdogan. In der BILD wird der CDU-Innenexperte Christoph de Vries (43) zitiert: *„Wer eine Führungsaufgabe im Bereich der politischen Bildung in Deutschland übernimmt, muss demokratiefest und verfassungstreu sein. Aufgrund der Nähe und Kontakte zu türkischen Nationalisten und Islamisten gibt es erhebliche Zweifel bei Mitgliedern und Verantwortlichen in der CDU, ob diese Voraussetzung bei Frau Giousouf erfüllt ist.“*

Das stimmt, lieber Herr de Vries. Aber seit Montag hat sie den Job. Und nu, CDU?

Nachtrag:

Eine Leserin meines Blogs machte mich auf ein Interview aus August 2017 aufmerksam, wo Cemile Giousouf den türkischen Präsidenten mit deutlichen Worten kritisiert: „Es ist paranoid, es ist schizophren. Aber ich sage mal so: Immer, wenn man glaubt, das geht nicht mehr schlimmer, setzt der türkische Präsident noch einen drauf.“

Das klingt nicht nach Kumpanei. Damit Sie sich ein eigenes Bild machen können, wollte ich Ihnen das nicht vorenthalten…

Und dann kam ein weiterer Leser (genau genommen ein Kollege), der mich auf diesen Text zum Thema aufmerksam machte…

Revolutionär und kompromisslos: das wird meine

Kirche sein

In meinem Buch „Bürgerlich, christlich sucht…“ (Fontis Verlag) erzähle ich von meinem ersten Treffen mit dem damaligen Pressesprecher des Kölner Erzbischofs Joachim Kardinal Meisner. Er legte mit die Ergebnisse einer Sinus-Studie vor, nach der in den kommenden Jahren die Zahl der „Besucher“ – ich würde sagen „Gläubigen“ – katholischer Sonntagsmessen um ein Drittel sinken werde. Ich fragte ihn: „Und was wollen Sie den unternehmen, um diesen Trend zu drehen?“ Nie werde ich seinen Gesichtsausdruck vergessen, so als wäre das Absterben der katholischen Kirche, im Prinzip der Christenheit insgesamt in Deutschland, nichts als ein gottgegebener Vorgang, den man halt gut verwalten muss.

Heute las ich von der geplanten Umstrukturierung im Bistum Trier, wo aus rund 900 Pfarreien 35 Großpfarreien entstehen sollen. Gegen den Willen eines großen Teiles des Volks Gottes dort, aber was interessiert das die Kirchenverwaltungsämter?

Ich leide unter unserer reichen katholischen Kirche in Deutschland, die dem Zeitgeist nachjagt wie die evangelischen EKD-Landeskirchen, den Relativismus kultiviert und bei der jedes Feuer des Glaubens verlischt. Die deutsche katholische Amtskirche hat keine Zukunft, sie ist eine milliardenschwere Veranstaltung, deren Oberhirte das Kreuz abnimmt, um Muslime nicht zu verärgern, und der allen ernstes Politiker öffentlich dafür kritisiert, dass sie christliche Kreuze in Amtsstuben aufhängen lassen.

Die Kirche Christi wird eine Zukunft haben – ohne Hirten, die sich in Mercedes-Dienstwagen an den Gläubigen vorbeifahren lassen, ohne Geistliche, die sich an Kindern vergreifen, ohne Anführer, die gern an den üppigen Tafeln der Mächtigen Platz nehmen.

Meine Kirche wird eine arme Kirche sein, die sich nicht mit Gender Studies, Klimaerwärmung und Laiengremiumskatholizismus beschäftigt. Sie wird sich mit Jesus Christus und seiner Lehre von Gott beschäftigen. Nur damit! Sie wird revolutionär sein und keine Kompromisse eingehen.

Und sie wird eine strahlende Zukunft haben…